

den Schülern zu überwinden; dazu sollte auch ein neues Notensystem (von 0 bis 5 statt wie bisher von 0 bis 20) beitragen, bei dem die Schülerleistungen nach bestimmten Kriterien (z. B. Lernfortschritt des betreffenden Schülers, Transfer des Gelernten auf die außerschulische Realität) beurteilt werden sollten. Dies scheint heute immer mehr in Vergessenheit zu geraten. Die nach dem 25. April neu eingeführten Fächer Sozialkunde (7.) und Umweltkunde (8. Schuljahr) sind inzwischen wieder verschwunden und durch die althergebrachte Geografie ersetzt.

Großen Einfluß auf die Schulwirklichkeit haben die Elternverbände, die in der Regel von «bessergestellten» Eltern dominiert werden und über ihr nationales Sekretariat – trotz ihrer sehr zweifelhaften Repräsentativität – großen Einfluß im Erziehungsministerium auszuüben wissen. Sie wenden sich z. B. gegen die in den letzten Jahren forcierte Einführung manueller Arbeiten für alle Schüler, fördern Konkurrenz und Auslese, indem sie den (nach Noten) «besten» Schülern Prämien anbieten und gar wie vor dem 25. April eine «Ehrentafel» mit den Namen der besten Schüler einführen wollen. Demgegenüber haben die Schülervereinigungen (*Associações de Estudantes*) noch keinen gesetzlich abgesicherten Rahmen für ihre Tätigkeit; sie sind zweifellos repräsentativ, der Kampf um ihre Führung wird in den einzelnen Schulen und Universitäten mit großer Energie zwischen den einzelnen politischen Richtungen ausgetragen.

*Privatschulen* haben v. a. bei der Vorschulerziehung und in der Sekundarstufe II (30,7 % der Schüler) ein großes Gewicht. Sie sind großteils kirchlich mit hohem Schulgeld und teils elitärem Anstrich.

Im Juni 1980 präsentierte die AD-Regierung ein neues *Reformprojekt (Lei de Bases do Sistema Educativo)*, das zur Zeit stark umstritten ist. Seine wesentlichen Elemente sind:

- a) Erweiterung der Schulpflicht auf neun Jahre (Grundstufe);
- b) die Grundstufe soll aus zwei Teilen bestehen, auf der zweiten (7. bis 9. Schuljahr) soll das System der Fachlehrer gelten;
- c) die Sekundarstufe umfaßt die Klassen 10 bis 12, sie wird «nach Fachbereichen gegliedert, die sich verzweigen in Curricula, die auf den Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen vorbereiten, und in berufsbildende Curricula für den Übergang ins Berufsleben» (*Lei de Bases* 1980, II/III/II/X);
- d) verstärkte Bedeutung für die Berufsbildung, die allerdings erst in der Sekundarstufe einsetzen soll;
- e) grundlegende Änderung der Lehrerausbildung: die Lehrer in den Vorschulen und in der Grundstufe sollen «in besonderen Schulen mit im wesentlichen berufsvorbereitendem Charakter ausgebildet werden» (*Lei de Bases* 1980, 9).

Die Kritik an diesem Gesetzentwurf – in erster Linie aus den Reihen der Lissabonner Lehrgewerkschaft und der linken Parteien – konzentriert sich auf drei Punkte:

- es wird ein allgemeines Sinken des Niveaus vom 5. bis zum 9. Schuljahr durch ungenügend ausgebildete und spezialisierte Lehrer erwartet (das Ministerium möchte in bestimmten Fällen auch auf ein Fernunterrichts-System zurückgreifen);
- der Entwurf bedeute eine Rückkehr zum zwei-/dreigliedrigen Schulsystem der Salazarzeit durch eine zu starke Trennung der berufsbildenden von den allein zum Hochschulzugang berechtigenden Curricula in der Sekundarstufe;
- schließlich gehe das Projekt nicht auf die in den letzten Jahren mit Schulversuchen und demokratischer Schulverwaltung (von der ganzen Schule gewählte Direktorien) gemachten positiven Erfahrungen ein.

Einigkeit besteht über die Ausweitung der Schulpflicht auf neun Jahre. Nach Angaben des Ministeriums ist dafür die Anstellung von 30.000 zusätzlichen Lehrern und der Bau von 400 Schulen erforderlich. Dazu kommen weitere ca. 18.000 neue Lehrer für die